

Redebeitrag:

Haushaltsentwurf 2019

TOP 21b der Kreistagssitzung vom 12. Dezember 2018

Grundlage für die Rede des Kreistagsabgeordneten DER LINKEN im Kreistag Schleswig-Flensburg, Manfred Küter, zum Haushalt des Kreises 2019.

Für die Kreistagsrede selbst gilt, wie immer, das gesprochene Wort.

Die Chance für Zukunftsinvestitionen nutzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Kreispolitiker dürfen wieder von Investitionen träumen“. So titelte das Flensburger Tageblatt vom 16. August 2011. Aber diese Träume wurden schnell zerstört.

Lang, lang ist es her - ganze sieben Jahre lang.

Immer noch wird in der vorgelegten Haushaltsplanung die Chance auf eine Investition in die Zukunft nicht genutzt.

Immer noch wird in diesem Haushaltsentwurf die Chance nicht genutzt, billige Kredite aufzunehmen und durch weitere Investitionen Eigenkapital zu bilden. Und das geschieht zu einer Zeit, in der Zinssatz für Kredite des Kreises weit unter der Preissteigerungsrate liegt.

DIE LINKE träumt nicht von einer fernen Zukunft. Wir wollen Fakten schaffen mit und über Investitionen, und das heute.

Wir blicken auch haushaltstechnisch in die Zukunft, denn eine Investition von heute ist die Kostenersparnis der nächsten Jahre oder sogar Jahrzehnte.

DIE LINKE ist eine Partei, die sich für den Mittelstand einsetzt, auch hier im Kreis: für die Beschäftigten im Kreis, aber auch für die Betriebe in unserem Kreis, denn die geben den Beschäftigten Arbeit.

Wir fordern deshalb, dass der Kreis den Mittelstand unterstützt, dass der Kreis die Betriebe hier bei uns schützt vor internationalen Unternehmen.

Konkretisieren wir diese Forderung am Beispiel der Versäumnisse des Kreises bei der Vergabe des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Hier ist es dem Kreis nicht gelungen, seine Betriebe zu schützen. Wir wissen alle, was nach der Vergabe-West passiert ist.

Das darf nicht noch einmal geschehen.

Aber das gleiche Schicksal droht den Betrieben bei der Vergabe Süd und Ost.

Die einzige sinnvolle Sicherheit, die es gibt, das zu vermeiden ist die, den ÖPNV von einem kommunal geführten Unternehmen durchführen zu lassen und dann die Betriebe, die bisher gute Arbeit geleistet haben, auch in Zukunft mit dieser Aufgabe zu betreuen: mit der Grundversorgung der Bevölkerung.

Diese Forderung, unsere Forderung, hat direkt etwas mit dem Haushalt zu tun, denn beim ÖPNV zahlt zuletzt immer der Kreis

Ein neuer Betreiber braucht z. B. auch einen Werkhof. Den zu errichten kostet Geld, das Geld der Steuerzahler. Derartige Kosten können eingespart werden. Also warum nehmen wir nicht den schon vorhandenen Werkhof und das dazu gehörenden, bestehenden bestehenden Unternehmen. Hier kennen wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Qualität der Serviceleistung.

DIE LINKE ist auch eine grüne Umweltpartei.

Gestern, im Werk- und Infrastrukturausschuss, wurde die Forderung nach umweltfreundlichen, neuen Bussen erhoben: Von Wasserstoff- und E-Antrieb war da die Rede, von Batterien und deren Haltbarkeit.

Das waren sinnvolle Vorschläge, mittel- und langfristig angedacht und mit Blick auf die Umwelt ausgerichtet. Diese Ideen wurden aber von den anwesenden Fachberatern mit dem Hinweis lapidar abgebügelt, dass das Batterie-Haltbarkeitsrisiko für die Bus-Unternehmer zu groß ist, denn es werde von den Herstellern nur eine Haltbarkeitsgarantie von 8 Jahren gegeben. Der ÖPNV-Vertrag habe aber eine Laufzeit von 10 Jahren. Dann müssten die Bus-Unternehmen für die restlichen zwei Jahre eine neue Batterie kaufen.

Das war für die Fachberater völlig undenkbar. Da müsste der Kreis dann ja viel Geld zuschießen.

Dieses Risiko gäbe es bei einem ÖPNV in Kreishand nicht. Da kann längerfristig geplant werden, über die Grenzen der Haltbarkeit von Batterien hinaus. Da würde nach 10 Jahren das zuständige Unternehmen – also das Unternehmen in Kreishand - nicht wieder wechseln. Die Bus-Unternehmen hätten Planungssicherheit.

Der Kreis Schleswig-Flensburg könnte so nach und nach die Busflotte umweltfreundlich gestalten. Die Gelder müssten nur mittelfristig im Haushalt berücksichtigt werden. Aber dafür gibt es die mittelfristige Finanzplanung.

Das alles gibt der vorgelegte Haushalt 2019 nicht her. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf können solche Ideen, ausgerichtet auf die Zukunft, nicht umgesetzt werden.

Deshalb wird die DIE LINKE den Haushalt ablehnen.
